# Anti-Genderismus als Strategie

## Die Hamburger Volksinitiative ›Schluss mit Gendern‹ ist ein Beispiel für die Modernisierung reaktionärer Politiken

Wir wollen im Folgenden durch eine Kontextualisierung der Hamburger Volksinitiative *Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung* argumentieren, dass die Vorstellung, es ginge solchen Initiativen darum, gemeinsam einen Diskurs zu führen genauso unpassend ist, wie eine Verharmlosung der Initiative als Randerscheinung gefährlich ist, weil beides nahelegt, wir könnten dem Phänomen einer Stimmungsmache gegen ein geschlechtergerechteres Sprechen mit freundlicher Ignoranz begegnen: »Das wird schon wieder weggehen«, sagen einige aus dem Befürworter*innenkreis gendersensiblen Sprechens. »Ganz so falsch ist das doch nicht, in einigen Punkten hat diese Initiative doch auch recht«, sagen andere, die einem Abweichen vom generischen Maskulinum eher skeptisch gegenüberstehen. »Das ist doch überhaupt kein echtes Problem, es geht doch *nur* um ein Miteinander-Sprechen über Sprache«, sagen manche Unentschiedene. Für einen Umgang mit dieser Initiative ist nun aber wichtig, über den Kontext solcher politischen Interventionen zu sprechen, und das heißt, diese nicht als einmaliges und bloß lokales Phänomen zu verstehen, sondern im Rahmen neuerer Strategien reaktionärer und rechter Politiken zu betrachten.

Ein wichtiges Moment dieser Erneuerung rechter Politik sind politische Interventionen, die sehr bewusst bestimmte Themen für sich nutzen. Das sind Themen, die sich für Schulterschlüsse mit konservativen Akteur*innen und der sogenannten politischen Mitte eignen, indem sie einer »gemeinsamen Abwehr progressiver gesellschaftlicher Veränderungen«[1] dienlich sind. Der Diskurs um eine diskriminierungssensible Sprache im Allgemeinen und eine gendersensible Sprache im Besonderen ist hierfür aufgrund seines affektiven Aufladungspotentials und seiner Anknüpfungspunkte an den ›Alltagsverstand‹ das geradezu perfekte Kampffeld: Alle Menschen sprechen, also betrifft der behauptete Zwang zum Anders-Sprechen alle (deutschsprachigen) Menschen. Wer möchte schon gerne beim Sprechen zu etwas gezwungen werden? Das erinnert an die Schule, an Vorgesetzte, an nichts Gutes. Zugleich lässt sich die Thematik des sprachlichen Genderns als trojanisches Pferd durch die öffentlichen Auseinandersetzungen ziehen, das nach und nach antifeministische und anti-genderistische Angriffe aus seinem hölzernen Bauch (oder eher Darm) entlässt. Auch diese funktionieren so gut, weil Geschlechterdiskurse und die damit verbundenen Themen (wie Familie, Lohnarbeit, Bildung etc.) so gut anknüpfen an alltägliche Erfahrungen und gesellschaftlich hegemoniale Alltagstheoreme wie Zweigeschlechtlichkeit[2] und Heterosexualität.

Betrachten wir diesen Prozess im Ausgang von dem, was da eigentlich abgewehrt werden soll, liegt darin zunächst auch etwas Positives: Wären die Kämpfe der (queer)feministischen Bewegungen vollends gescheitert, müssten wir nun nicht gegen die regressiven Akteur*innen ihrer Gegenwehr kämpfen. Überdies – auch wenn das kein Trost ist – waren feministische politische Bestrebungen schon immer von Polemiken, Gegenwehr und Anfeindungen betroffen. Denken wir an Debatten wie jene um die Einführung des Stimmrechts für Frauen, um reproduktive Selbstbestimmung und das Recht auf Abtreibung, die Auseinandersetzungen um den Zugang zu Bildung, Institutionen, Ämtern, Berufen und um gleiche Bezahlung, denken wir an das Erstreiten von politischer Teilhabe und den Kampf um eine faire Verteilung von Sorgearbeit – keine dieser Kämpfe und Debatten um Rechte auf Gleichstellung und Selbstbestimmung, um Anerkennung und Umverteilung blieben und bleiben unbegleitet von antifeministischen Angriffen. Schon 1902 machte die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm in einer Aufsatzsammlung mit dem Titel *Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung* darauf aufmerksam, dass »antifeministische Angriffe immer dann stärker werden, wenn Errungenschaften der Frauenbewegung greifbar«[3] würden: »Je dringender die Gefahr der Fraueninvasion in das Reich der Männer sich gestaltet, je geharnischter treten ihr die Bedrohten entgegen.«[4]

### Der »omnipotente Feminismus«

Ein gegenwärtiger Begriff von Antifeminismus umfasst allerdings nicht nur »Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich gegen die Frauenbewegung« richten, sondern so, wie Feminismus eben nicht auf Anliegen der traditionellen politischen Kämpfe von Frauen zu reduzieren ist, sind auch Angriffe auf die Errungenschaften und politischen Ziele der Lesben-, Schwulen- und Trans*bewegung als antifeministisch zu verstehen. Als »ideologische Formierung« und »politische Akteursgruppe« zugleich wendet sich der Antifeminismus »gegen feministische Erfolge und agitiert für die Aufrechterhaltung heteronormativer Herrschaftsverhältnisse«, so die Rechtsextremismusforscherin Johanna Sigl[5]. Antifeministische »Akteursgruppen« zeichnet so zum einen aus, dass sie »sich – in organisier-

ter Form – in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionieren«.[6] In den Äußerungen von Sabine Mertens, der Initiatorin der Hamburger Volksinitiative, finden wir das geradezu paradigmatisch und mit verschwörungstheoretischem Einschlag vor: Eine kleine Minderheit hätte wesentliche Schalthebel der Macht besetzt und gängele so eine Mehrheit. In »Vorwärts zur Femikratur« spricht Mertens in Bezug auf die geplanten Änderungen des Personenstandsgesetzes, auf »Minderheitenrechte, ›Diversität‹ und ›geschlechtergerechte‹ Sprache« vom »großen feministischen Reinemachen«, vom »feministischen Coup« des »sogenannte[n] *Gender-Mainstreaming«,* vom »tyrannischen Charakter« der LGBTQIA+ »Gemeinde«.[7] In diesen Phantasmen ist dann *der* Feminismus verbunden – vom autonomen Zentrum bis ins Außenministerium.

Zum anderen – auch das zeigen diese Äußerungen von Mertens paradigmatisch – stellen sich antifeministische Akteur*innen »in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen« sowie gegen eine »Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt«[8]. Sie gehen dabei »nicht mehr von einer generellen Minderwertigkeit von Frauen aus«, bekämpfen aber »vehement die Kritik und Infragestellung von Zweigeschlechtlichkeit«[9].

Die Bezugnahme auf die Behauptung, dass Feminismus das »Machtmittel der Eliten« und die »Sprache einer lauten Minderheit« sei sowie die Imagination von »Gender […] als ein Bedrohungsszenario, das der angestrebten Naturalisierung von Geschlecht und von Familie diametral entgegenstünde«, findet sich in »rechter Agitation bis hin zum Rechtsterrorismus«.[10] Dass Antifeminismus »ein beständiges Ideologiefragment eines rechtsextremen Weltbildes« ist, hängt laut Johanna Sigl nicht zuletzt damit zusammen, dass es der »extremen Rechten« nicht nur um die Konstruktion einer »homogenen ethischen und religiösen Gruppenidentität« geht, sondern gleichermaßen »eine homogene vergeschlechtlichte Gruppenidentität« konstruiert wird.[11]

## ›Anti-Genderismus‹ als aktualisierter Antifeminismus

Der ›Anti-Genderismus‹ positioniert sich nicht mehr gegen Feminismus und die »politische[.] Idee von Gleichheit«, hält also nicht daran fest, dass »Frauen* nicht gleich an Rechten sein [können], weil sie von Natur aus verschieden sind«. Vielmehr wird durchaus propagiert, dass ›Männern‹ und ›Frauen‹ die gleichen Rechte zustünden – sie aber »dennoch von Natur aus grundsätzlich verschieden« seien.[12]

Anti-genderistische Attacken richten sich gegen »verschiedene Formen institutionalisierter Geschlechterpolitik« wie »Gender Mainstreaming, Quoten, Gender Budgeting und Gender Studies«.[13] Wenn anti-genderistische Angriffe gegen ›Gender‹ schießen, zielen sie im Grunde auf ein fetischisiertes »akademisches Konzept«[14]: auf ›Gender‹ als Reflexionsbegriff für Wissenspraktiken der Rekonstruktion, Infragestellung und Kritik einer als ›natürlich‹ behaupteten, »heteronormativ verfugten Zweigeschlechtlichkeit«[15] – (oft absichtlich) missverstanden als Begriff für eine »sozial konstruierte Geschlechtsidentität«[16]. Oder, noch einmal einfacher formuliert: Den anti-genderistischen Artikulationen geht es nicht um eine wissenschaftlich gestützte Auseinandersetzung mit einem wissenschaftlichen Begriff, sondern um ein bestimmtes politisches Programm. Der wissenschaftliche Begriff steht ja erst einmal dafür ein, dass unsere als ›natürlich‹ erlebte Zweigeschlechtlichkeit das geschichtliche Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse und Auseinandersetzungen ist – und dass sie sich verändern wird. Im Einsatz von ›Gender‹ als Kampfbegriff mögen solche ›Feinheiten‹ schon einmal verschwimmen: Eine totalitäre »›Gender-Ideologie‹ dränge den Menschen wahlweise Vorstellungen von Geschlechterrollen auf oder wolle diese aberziehen und intendiere insgesamt, die Gesellschaft ihrer natürlichen Fundamente – Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität – zu berauben«[17]. ›Gender‹ ist für Anti-Genderist*innen damit zugleich »Chiffre für ein politisches Programm, das von der traditionellen, vermeintlich natürlichen Ordnung abweichende Menschen hervorbringen will.«[18] Besonders die Gender-Studies stehen als Feindbild im Zentrum solcher Attacken: »Gehirnwäsche durch Gender«, ausgeführt von illegitimen ›Lehrstuhlbesetzerinnen‹ im Namen einer ›Pseudo-Wissenschaft‹, finanziert durch Unsummen von Steuergeldern, direkt in den »Untergang von Bildung, Kultur und Abendland« führend.[19]

An den anti-genderistischen Angriffen lässt sich gut zeigen, dass es solchen Diskursinterventionen gerade nicht um einen aufklärenden Dialog geht, die Mittel sind ähnlich zu jenen, wie wir sie auch bei den Hamburger Akteur*innen gegen eine ›Gendersprache‹ finden. Hier wie da leben die anti-genderistischen Mobilisierungen geradezu von »absichtsvollen Verkehrungen und affektiven Mobilisierungen, von systematisch produzierten Missverständnissen und Irreführungen, von Diffamierungen und Diskreditierungsversuchen«.[20] Steffen K. Herrmann spricht in Bezug darauf vom ›Anti-Genderismus‹ als »diskursivem Neofundamentalismus«: Auseinandersetzungen sind nicht verständigungsorientiert, es geht nicht um ein gelingendes Miteinandersprechen, sondern diese werden »mit den Mitteln sprachlicher Gewalt be-

trieben. Es sind dabei vor allem die Mittel der Demütigung, der Kränkung und der Diffamierung, die dazu dienen, die politischen Opponent*innen zum Schweigen zu bringen und aus der politischen Arena auszuschließen.«[21]

Nach Kathrin Ganz und Anna-Katharina Meßmer, die anti-genderistische Aussagen im Internet untersucht haben, zielen gerade die hier wiederkehrenden Artikulationsweisen darauf, »Personen(gruppen) zum Schweigen zu bringen«: Die Artikulationsweise des *Mansplaining*, also des ›Herrklärens‹, der unaufgeforderten Belehrung und »Abwertung weiblicher Expertise«; des *antifeministischen Argumentierens* im Sinne einer Disqualifizierung »feministischer Positionen als ›ideologisch‹, d.h. als unwissenschaftlich und manipulativ«, des *Trollings*, also des bewussten Störens von Argumentationsverläufen sowie *Hate Speech* als Ensemble von »Aussageformen, die sich in beleidigender und abwertender Form gegen marginalisierte Personen und Sprecher*innenpositionen richten«, wozu »diskriminierende Anreden ebenso wie konkrete Gewalt-, Vergewaltigungs- und Morddrohungen« gehören.[22] Wer sich öffentlich (queer)feministisch äußert, sich für ein sprachliches Gendern positioniert, muss mit solchen Angriffen auf das eigene Sprechen rechnen.

Das Phänomen dieser sprachlichen Gewalt anti-genderistischer Debatteneingriffe wird gern mit der These eines »Verfall[s] der öffentlichen Debattenkultur« erklärt. Steffen K. Herrmann macht in Kritik an dieser Verortung darauf aufmerksam, dass die sprachliche Gewalt »eine inhärente Konsequenz der Position des Anti-Genderismus selbst« ist und »symptomatischen Charakter« hat: »Die Position des Anti-Genderismus« *kann* sich gar nicht in einer mit argumentativen Mitteln ausgetragenen politischen Auseinandersetzung behaupten, weil »die Pluralität von Geschlecht, Begehren und Sexualität das nicht anerkennbare Andere des eigenen politischen Diskurses bildet«.[23]

Die Anerkennung einer ›Pluralität von Geschlecht, Begehren und Sexualität‹, von vielfältigen Beziehungs- und Lebensweisen ist nun allerdings ein unhintergehbares Moment unserer politischen Praxis, unserer Kämpfe darum, dass diese – und nicht nur diese – Pluralität in dieser Gesellschaft auch lebbar ist. Das kann dann gerade nicht bedeuten, anti-genderistische Akteur*innen als Gegner*innen nicht ernst zu nehmen. Antifeministische und anti-genderistische Politiken sind Bindemittel in transnationalen Netzwerken, in denen sich Bürgerlich-Konservative mit katholischen und evangelikalen Fundamentalist*innen und einem breiten Spektrum rechter Akteur*innen zusammenfinden. Zugleich zielen gegenwärtige antifeministische Politiken gegen die Errungenschaften (queer)feministischer Bewegungen: auf den Abbau reproduktiver Rechte, auf ein Entziehen von Ressourcen wie zum Beispiel der Finanzierung von Frauen*häusern, auf das Unterbinden von Gleichstellungsmaßnahmen[24]. Daher ist anti-genderistischen Artikulationen wie der Hamburger ›Volksinitiative‹ *Schluss mit Gendersprache* entschieden entgegenzutreten.

ANTJE GÉRA

---

[1] Johanna Sigl: *Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus*, in: dies., Katharina Kapitza, Karin Fischer (Hg.): *Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft*, Hamburg: Alma Marta 2021, S. 19-32, S. 29.

[2] Zu den Alltagstheoremen der Zweigeschlechtlichkeit siehe Suzanne Kessler, Wendy McKenna: *Gender. An Ethnomethodological Approach*, New York: Wiley 1978.

[3] Ebd., S. 22.

[4] Hedwig Dohm*: Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung* (1902), Berlin 2014, S. 3. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus siehe: Rebekka Blum: *Angst um die Vormachtstellung*, Hamburg: Marta Press 2019.

[5] Sigl 2021 (wie Anm. 1), S. 23. Vgl. hierzu auch: Christopher Fritzsche, Juliane Lang: *Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht*, in: *feministische studien*, 2/18, S. 335-346, S. 340.

[6] Juliane Lang, Ulrich Peters: *Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens*, in: dies.: *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg: Marta Press, S. 13-15, S. 15.

[7] Genauer gesagt, spricht Mertens hier nicht von LGBTQIA+ (der Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle/Transgender-, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen), sondern abwertend von »LGBTQI∞«. Im Zusammenhang mit dieser Abkürzung giftet Mertens, dass im Vergleich zu »diesen« »Verfechter[n] des ›Buchstabensalats‹, für die Binarität kein evolutionsbiologisches Phänomen, sondern vom Teufel ist, Coronaleugner Waisenkinder« seien. – Sabine Mertens: *Vorwärts zur Femikratur* (2020), https://www.achgut.com/artikel/vorwaerts_zur_femikratur.

[8] Lang/Peters 2018 (wie Anm. 6), S. 15.

[9] Imke Schmincke: *Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus*, APuZ (68), 17/2018, S. 28-33, S. 33.

[10] Sigl 2021 (wie Anm. 1), S. 26.

[11] Ebd., S. 29.

[12] Sabine Hark, Paula-Irene Villa: *»Eine Frage an und für unsere Zeit«. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse*, in: dies.: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015, S. 26.

[13] Kathrin Ganz und Anna-Katharina Meßmer: *Anti-Genderismus im Internet. Digitale Öffentlichkeiten als Labor eines neuen Kulturkampfes*, in: Sigl/Kapitza/Fischer 2021 (wie Anm. 1), S. 59-77, S. 60.

[14] Hark/Villa 2015 (wie Anm. 12), S. 34.

[15] Ebd., S. 31.

[16] Edgar Forster: *Vom Begriff zur Repräsentation: Die Transformation der Kategorie gender*, in: Rita Casale, Barbara Rendtorff (Hg.): *Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*, Bielefeld: transcript 2008, S. 203.

[17] Hark/Villa 2015 (wie Anm. 12), S. 18.

[18] Ganz/Meßmer 2021 (wie Anm. 13), S. 60.

[19] Für diese und noch mehr Beispiele siehe Hark/Villa (wie Anm. 12), S. 18.

[20] Ebd.

[21] Steffen K. Herrmann: *Politischer Antagonismus und sprachliche Gewalt*, in: Hark/Villa 2015 (wie Anm. 12), S. 79-92, S. 79.

[22] Ganz/Meßmer (wie Anm. 13), S. 62-65.

[23] Herrmann 2015, S. 80.

[24] Vgl. AK FE.IN: *Frauen*rechte und Frauen*haß: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*, Berlin: Verbrecher 2020.